

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	23
Literaturverzeichnis	27
§ 1 Einleitung	29
§ 2 Die Beratung, § 34 RVG	37
A. Das Beratungsmandat	38
I. Die Tätigkeitsmerkmale	38
1. Rat und Auskunft: eigenständiges Mandat	38
2. Tätigkeitsumfang	38
II. Abgrenzung zu VV 2300, 3100 ff. und zum Gutachten	39
1. Abgrenzung zu VV 2300, 3100	39
2. Abgrenzung zum Gutachten, § 34 RVG	40
III. Zuordnung der praktisch üblichen Tätigkeiten	40
B. Die Gebührenvereinbarung im Beratungsmandat	40
I. Die Gebührenvereinbarung im familienrechtlichen Beratungsmandat – allgemein	41
1. Arten von Gebührenvereinbarungen	41
a) Beratungen im Familienrecht	41
b) Eignung der Vereinbarungsmodelle für das Familienrecht	42
2. Gebührenvereinbarungen, § 34 RVG	43
a) Form der Gebührenvereinbarung	43
b) Hinweispflicht, § 3a RVG	43
c) Angemessenheitsprüfung	43
d) § 4 Abs. 3 RVG	43
3. Gebührenvereinbarung gem. § 34 RVG und Nebenkosten	43
4. Vereinbarte Gebühren und weitere Gebühren, insbesondere die Einigungsgebühr	43
5. Vertragspartner der Gebührenvereinbarung	44
6. Gegenstand der Vereinbarung	44
7. Fälligkeit, Vorschüsse	44
8. Vereinbarungen zur Anrechnung	44
II. Besonderheiten der verschiedenen Vereinbarungsarten	45
1. Das Zeithonorar	45
2. Die Pauschalvereinbarung	45
3. Vereinbarungen, die an das Gesetz anknüpfen	46
III. Weitere Hinweise in Vereinbarungen	46
C. Beratung, sofern keine Gebührenvereinbarung getroffen ist:	
§ 34 Abs. 1 S. 2, 3 RVG	46
I. § 34 Abs. 1 S. 2 RVG: Gebühren nach den Vorschriften des bürgerlichen Rechts	46
II. Vergütung, wenn der Mandant Verbraucher ist	47
1. Der Mandant als Verbraucher	47
2. Auslegung des § 34 Abs. 1 S. 3 RVG	47
3. Insbesondere: Das erste Beratungsgespräch, § 34 Abs. 1 S. 3 RVG	48
a) Das „Gespräch“	48
b) Der Beratungsumfang	48
c) Mehrere Beratungsgespräche über denselben Beratungsgegenstand	48
d) Gebührenmaßstäbe innerhalb der Kappungsgrenzen	49
4. Mehrere Mandanten im Beratungsgespräch	49

Inhaltsverzeichnis

5. Mehrere Gegenstände im Beratungsgespräch	50
6. Der Abrechnungsvorgang	50
7. Beratung und Post- und Telekommunikationspauschale gem. VV 7002	50
D. Die Anrechnung, § 34 Abs. 2 RVG.	51
I. Anwendungsbereich	51
II. Umfang der Anrechnung.	51
III. Form einer diesbezüglichen Vereinbarung	51
§ 3 Die Geschäftsgebühr – VV 2300	53
A. Die Geschäftsgebühr	53
I. Die Tätigkeitsmerkmale, Abgrenzung zu § 34 RVG und zu VV 3100 ff..	53
1. Die Geschäftsgebühr allgemein	53
2. Die Mitwirkung bei der Gestaltung eines Vertrags, VV Vorb. 2.3 Abs. 3	54
II. Eine oder mehrere Angelegenheiten	56
1. Mehrere Gegenstände in einem Vertretungsmandat	56
a) Trennungs- und Scheidungsvereinbarungen – Problemstellung, Lösungen.	56
b) Weiter zu der Frage der Zahl der Angelegenheiten im außergerichtlichen Mandat	58
c) Der vorsorgende Ehevertrag – eine Angelegenheit	59
2. Mehrere Aufträge – eine oder mehrere Angelegenheiten im Vertretungsmandat	59
3. Eine Angelegenheit – zwei Gegenstände – verschiedene Gebührensätze, § 15 Abs. 3 RVG.	60
III. Der Gebührenrahmen gem. § 14 RVG und die Kappungsgrenze gem. VV 2300 Anm.	61
1. Allgemeines	61
2. Die Kappungsgrenze gem. VV 2300 Anm.	63
IV. Das einfache Schreiben, VV 2302	64
V. Der Mehrvertretungszuschlag gem. § 7 RVG i.V.m. VV 1008.	65
VI. Telekommunikationspauschale gem. VV 7002.	65
VII. Abgrenzung zwischen dem außergerichtlichen Vertretungsmandat und dem Verfahrensmandat	66
VIII. Zur Anrechnung der Geschäftsgebühr und zur Geltendmachung des nicht anrechenbaren Teils derselben	66
B. Der Gegenstandswert	66
§ 4 Die Gebühren im gerichtlichen Verfahren – VV 3100 ff., 3104 ff., Vorb. 3 (2, 3).	67
A. Der Verfahrensauftrag	67
I. Die drei Arten des Verfahrensauftrags.	67
II. Die Maßgeblichkeit des Mandats.	67
B. Die Gebühren	68
I. Die Verfahrensgebühr, VV Vorb. 3 Abs. 2, VV 3100 ff.	68
1. Anwendungsbereich.	68
2. Die Verfahrensgebühr als Betriebsgebühr	68
3. Abgeltungsbereich der Verfahrensgebühr, VV 3100, VV Vorb. 3 Abs. 2.	70
4. Abgeltungsbereich der gekürzten Verfahrensgebühr, VV 3101 Nr. 1	70
5. Abgeltungsbereich der gekürzten Verfahrensgebühr, VV 3101 Nr. 2	71
6. Durchführung: Die Verfahrensgebühr beim „Mehrvergleich“	73

II. Die Terminsgebühr, VV Vorb. 3 Abs. 3, VV 3104 ff.	73
1. Erscheinungsformen der Terminsgebühr	74
a) Fälle (1) und (2) des Anwendungsbereichs	74
b) Fall (5) des Anwendungsbereichs.	74
c) Fälle (3) und (4) des Anwendungsbereichs	75
d) Fälle (6) und (7) des Anwendungsbereichs	76
e) Fall (8) des Anwendungsbereichs.	77
2. Fragen zur Terminsgebühr	77
a) „Mitwirkung“	77
b) Gesprächspartner	78
c) Ziel der Besprechung	79
d) Vereinfachung – Erledigung.	79
e) Anwesenheit des Gerichts	80
f) Besprechung über Gegenstände, die in mehreren verschiedenen gerichtlichen Verfahren anhängig sind zur Einigung/Erledigung/ Vermeidung	80
3. Die Terminsgebühr und das Protokoll – Festsetzung gem. §§ 103 ff. ZPO i.V.m. §§ 113 Abs. 1 FamFG, 85 FamFG	80
III. Gebühren in der Vollstreckung/Zwangsvollstreckung.	81
IV. Das auswärtige Mandat	82
1. Der Prozess mit zwei Anwälten	82
2. Kosten des Mehraufwands	83
a) Mehraufwand	83
b) Unterbevollmächtigter ist grundsätzlich „notwendig“	83
3. Überlegungen des Anwalts	83
C. Familiengerichtliche Verfahren – gebührenrechtliche Bemerkungen	84
I. Ehescheidung, Eheaufhebung/Aufhebung einer Lebenspartnerschaft.	84
1. Die Verfahrensgebühr	84
2. Die Terminsgebühr	85
II. Terminsgebühr und gerichtliche Mediation	85
III. Das Mahnverfahren, §§ 688 ff. ZPO	85
IV. Das vereinfachte Unterhaltsverfahren, §§ 249 ff. FamFG.	86
V. Familiensachen zur Erteilung einer Genehmigung oder Zustimmung/Streitige Verfahren der Freiwilligen Gerichtsbarkeit, VV 3101 Nr. 3 Anm. Abs. 2.	86
VI. Verfahren der Freiwilligen Gerichtsbarkeit	88
1. Amtswegige Verfahren der Freiwilligen Gerichtsbarkeit	88
2. Terminsgebühr ohne mündliche Verhandlung.	88
3. § 156 Abs. 3 S. 2 FamGKG.	89
VII. Das Vermittlungsverfahren, § 165 FamFG	89
VIII. Der Versorgungsausgleich, §§ 1 ff. VersAusglG	89
IX. Der Urkundenprozess, § 113 Abs. 1 FamFG, §§ 592 ff. ZPO.	89
X. Das selbstständige Beweisverfahren, § 113 Abs. 1 FamFG, §§ 485 ff. ZPO.	90
XI. Anerkennung ausländischer Entscheidungen, Anträge auf Vollstreckbarerklärung, §§ 107 ff. FamFG	90
1. Statusentscheidungen	90
2. Andere ausländische Entscheidungen, § 108 FamFG.	91
3. Vollstreckbarkeit ausländischer Entscheidungen, § 110 FamFG	91
D. Rechenbeispiele	91

Inhaltsverzeichnis

E. Gerichtskosten	96
I. Fälligkeit, Vorschüsse	96
1. Fälligkeit	96
2. Einzahlung der Gerichtskosten in Ehesachen/ Lebenspartnerschaftssachen/Familienstreitsachen	96
3. Einzahlung der Gerichtskosten in FG-Verfahren	97
4. Einzahlung der Gerichtskosten in den Folgesachen	97
II. Gebühren und Gebührensätze	97
§ 5 Abgrenzung außergerichtlicher und gerichtlicher Vertretungsmandate	99
A. Bedeutung der Unterscheidung des gerichtlichen und des außergerichtlichen Mandats im Gebührenrecht	99
B. Maßstäbe der Unterscheidung	101
I. Die verschiedenen Theorien	101
1. Das Reichsgericht	101
2. Der BGH	101
3. Die modifizierte Vermutungslehre	102
II. Kritik an diesen Theorien	102
1. „Querfinanzierung“	102
2. Falsche Beschreibung des Mandats	103
3. Sofortiger Verfahrensauftrag	103
4. Gesetzgeberische Intention	104
III. Maßnahmen des Anwalts	104
§ 6 Die Anrechnung	105
A. Begriff und gesetzliche Voraussetzungen	105
I. Begriff	105
II. Gesetzliche Grundlagen	105
1. Gesetzliche Regelungen	105
2. Die Vorschriften im Einzelnen	106
III. Zur Reihenfolge der Anrechnung („Anrechnungslage“)	107
1. Anrechnung auf eine später oder gleichzeitig entstehende Gebühr	107
2. Anrechnung auf eine früher entstandene Gebühr	108
3. Anrechnung gem. VV 3101 Anm. Abs. 1, VV 3201 Anm.; VV 3104 Anm. Abs. 2, VV 3202 Anm. Abs. 1	108
4. Anrechnung gem. § 34 Abs. 2 RVG	109
IV. Weitere Voraussetzungen der Anrechnung	109
1. Der innere Zusammenhang, der gleiche Gegenstand	109
a) Grundsatz	109
b) Allgemeine Beispiele	110
aa) Innerer Zusammenhang zweier Angelegenheiten	110
bb) Mahnschreiben	110
cc) Rechtsgestaltende Erklärungen: Kündigung	110
dd) Rechtsgestaltende Erklärungen: Anfechtung	111
c) Beispiele mit familienrechtlichem Bezug	111
aa) Ehescheidung, verschiedene Verfahrensziele	111
bb) Unterhalt/verschiedene Zeiträume	112
cc) Unterhalt/Erhöhung, Ermäßigung	112
dd) Zugewinn, verschiedene Ansprüche	112
ee) Umgangsrecht/verschiedene Verfahrensziele	112
ff) Vertrag/Gerichtsverfahren wegen Erfüllung des Vertrages	112
2. Der äußere Zusammenhang	113

B. Die Durchführung der Anrechnung	113
I. Anrechnung bei unverändertem Gegenstandswert	113
II. Anrechnung bei verändertem Gegenstandswert	113
1. Grundsätze	113
2. Theoretisch denkbare Rechenwege	114
3. Gesetzliche Berechnungsvorschriften	115
a) Anrechnung gem. § 34 Abs. 2 RVG	115
b) Anrechnung der Geschäftsgebühr auf die Verfahrensgebühr und von Verfahrensgebühren und Terminsgebühren aufeinander	117
c) Die „gebührenrechtliche Gesamtschau“	118
C. Verhältnis Anrechnung – Kürzung gem. § 15 Abs. 3 RVG	118
D. Anrechnung und Postpauschale, VV 7002	119
E. Erstattung der Geschäftsgebühr; Berücksichtigung im Kostenfestsetzungsverfahren; Altverfahren	119
I. Erstattungsfähigkeit einer aufgewandten Geschäftsgebühr	119
1. Materiellrechtliche Grundlage des Erstattungsanspruchs	119
2. Schadenersatzanspruch, Adäquanz, Höhe	119
II. Geltendmachung des Erstattungsanspruchs	120
1. Die Rechtsprechung des 8. Zivilsenats u.a.	120
2. § 15a Abs. 1 und Abs. 2 RVG	120
III. Übergangsrecht, Altfälle	121
IV. § 15a Abs. 2 RVG und der Gesamtvergleich	121
F. Rechenbeispiele	122
I. Anrechnung gem. § 34 Abs. 2 RVG	122
II. Anrechnung der Geschäftsgebühr auf die Verfahrensgebühr, VV Vorb. 3 Abs. 4	123
1. Grundfall	123
2. Mehrere Angelegenheiten	123
3. Der anzurechnende Betrag übersteigt den Betrag, auf den angerechnet wird	124
4. In das gerichtliche Verfahren geht nur ein Teil des außergerichtlichen Gegenstandes	125
5. Der Gegenstand der außergerichtlichen Tätigkeit gelangt in den Verbund	125
6. Erst anrechnen, dann kürzen	126
7. Zuerst gelangt nur ein Teil des außergerichtlichen Gegenstandes in das gerichtliche Verfahren, später der Rest	127
8. Anrechnungsfälle, VV 3101 Anm. Abs. 1, 3201 S. 1 Nr. 2, 3104 Anm. 2, 3202 Anm. Abs. 1	128
§ 7 Das Verbundverfahren.	131
A. Die Abrechnung des Verbundes	131
B. Begründung/Auflösung des Verbundes: Abtrennung, Einbringung, Weiterführung	133
I. Zu unterscheidende Fälle	133
II. Im Einzelnen	134
1. Zu Fall (1)	134
2. Zu Fall (2)	135
a) Abgetrennte Kindschaftssachen, § 137 Abs. 5 S. 2, Abs. 3 mit § 140 FamFG	135
b) Die Abtrennung des Versorgungsausgleichs gem. Art. 111 Abs. 4 FGG-RG	138

Inhaltsverzeichnis

3. Zu Fall (4): Die Einbringung vorher selbstständiger Verfahren in den Verbund	138
4. Zu den Fällen (3)	139
C. Gerichtskosten	140
I. Gerichtskosten im Verbundverfahren	140
II. Gerichtskosten und Abtrennung	140
1. Unechte Abtrennung	140
2. Echte Abtrennung	141
3. Einbringung in den Verbund	141
4. Fortführung, §§ 141, 142 FamFG	141
§ 8 Die Werte im Hauptsacheverfahren der 1. Instanz	143
A. Ehesachen (§ 121 Nr. 1, 2, 3 FamFG i.V.m. § 43 FamGKG; Verfahren gem. §§ 269, 270 FamFG, § 5 FamGKG)	145
I. Einkommen	147
II. Kinderfreibeträge: Abzüge wegen Unterhaltspflicht	147
III. Vermögen	148
IV. Schuldenabzug	149
V. Bedeutung der Sache	150
VI. Umfang, „Abschlag einfache Sache“	150
VII. Kein Mindestwert wegen beiderseitiger ratenloser Prozesskostenhilfe	151
VIII. Zuschläge wegen umfangreichen Verfahrens	151
IX. Zuschlag wegen schwieriger Sache	152
X. Sonstige Verfahren im Bereich Ehesachen/LPart-Sachen	152
1. Anerkennung ausländischer Entscheidungen in Statussachen, § 107 ff. FamFG	152
2. Trennung von Tisch und Bett nach italienischem Recht	152
XI. Verschiedene Verfahren der freiwilligen Gerichtsbarkeit	153
B. Die Verfahren in Unterhaltssachen, §§ 1360, 1361, 1601 ff., 1615I BGB	153
I. Die Unterhaltsverfahren nach der Zivilprozessordnung	153
1. Laufender (= künftiger) Unterhalt, § 23 Abs. 1 S. 1 RVG i.V.m. § 52 Abs. 1 FamGKG (Jahresbetrag)	154
a) Einzelheiten zum Jahresbetrag	154
b) Jahresbetrag und Erhöhung des „Klageantrags“	154
c) Jahresbetrag und Widerantrag	155
d) Antragsänderungen nach dem Zwölf-Monats-Zeitraum	155
e) Späterer Beginn des Klageantragszeitraums	156
f) Wert in der II. Instanz	156
g) Jahresbetrag und Rechtskraft der Ehescheidung	156
h) Der dynamische Kindesunterhalt, § 51 Abs. 1 S. 2 FamGKG i.V.m. § 23 Abs. 1 S. 1 RVG	157
i) Ein oder mehrere Gegenstände	158
2. Unterhaltsrückstände, § 51 Abs. 2 S. 1 und 2 FamGKG i.V.m. § 23 Abs. 1 S. 1 RVG	158
a) Rückstände bis zur Einreichung des Klageantrags	158
b) Rückstände durch Klageerhöhung	159
3. Besondere Verfahren: Die (isolierte) Auskunftsklage, §§ 1605, 1360, 1361 Abs. 4 S. 4, 1580, 1615I Abs. 3 BGB, §§ 12, 16 LPartG	160
a) Der Klageantrag auf Unterhaltsabänderung	160
b) Der Klageantrag auf negative Feststellung	160
c) Der Klageantrag auf Rückzahlung zu viel bezahlten Unterhalts	161
aa) Wert der Rückforderungsklage (= Rückforderungsantrag)	161

bb) Klageantrag auf Rückzahlung, verbunden mit Abänderungsklage (= Abänderungsantrag) oder negativer Feststellungsklage (= Feststellungsantrag)	161
d) Klageantrag auf Sicherheitsleistung, § 1586a BGB	162
e) Die Vollstreckungsgegenklage, § 767 ZPO (= Vollstreckungs- gegenantrag)	162
f) Das vereinfachte Verfahren über den Unterhalt Minderjähriger, §§ 249 ff. FamFG	163
g) „Anlage U“ – Willenserklärung, § 10 EStG	163
h) Zwangsvollstreckung – Erzwingungsverfahren, § 888 ZPO	163
i) Antrag auf Vollstreckbarerklärung eines ausländischen Unterhalts- titels, § 110 FamFG	163
II. Die Unterhaltsverfahren der freiwilligen Gerichtsbarkeit, § 231 Abs. 2 FamFG	163
C. Die Verfahren im gesetzlichen Güterstand der Zugewinnungsgemeinschaft, §§ 1363 ff. BGB; § 269 Nr. 10, 11, 12 FamFG	164
I. Verfahren gem. § 261 Abs. 1 FamFG (Zivilprozessverfahren)	164
1. Der Zugewinnausgleich, § 1378 BGB	164
2. Die Klage auf vorzeitige Beendigung des Güterstandes, §§ 1385 bis 1388 BGB n.F.	164
3. Antrag auf Auskunft, § 1379 BGB	165
4. Stufenklage: Der höchste Wert, § 38 FamGKG	165
5. Antrag/Widerantrag	166
6. Der Antrag gegen Dritte, § 1390 BGB	166
II. Zugewinnausgleichsverfahren gem. § 261 Abs. 2 FamFG (FG-Sachen)	166
1. Stundung, Übertragung von Vermögenswerten, §§ 1382, 1383 BGB, § 264 FamFG	166
2. Ersetzung der Zustimmung, § 1365 Abs. 2, § 1369 Abs. 2 BGB, § 261 Abs. 2 FamFG	167
D. Die Gütergemeinschaft, §§ 1415 ff. BGB	167
I. Die Gütergemeinschaft – Zivilprozessverfahren	167
1. Der Antrag auf Aufhebung der Gütergemeinschaft, §§ 1447 ff., 1469 ff. BGB	167
2. Die Auseinandersetzung der Gütergemeinschaft, §§ 1471 ff. BGB	168
II. Gütergemeinschaft – Verfahren der freiwilligen Gerichtsbarkeit	168
E. Die Vermögensauseinandersetzung bei Bruchteilsgemeinschaft, §§ 749 ff. BGB (Immobilien, bewegliche Sachen, Forderungen)	169
I. Auseinandersetzung der Bruchteilsgemeinschaft	169
II. Streit nur um die Art der Teilung, insbesondere unechte Drittwiderrspruchsklage	170
F. Sonstiges: Herausgabe von Urkunden	170
G. Die Verfahren in Kindschaftssachen, §§ 1626 ff. BGB, 1684 ff. BGB, §§ 151 ff. FamFG:	171
I. Elterliche Sorge/Aufenthaltsbestimmungsrecht, Umgang, Herausgabe	171
1. Gegenstandswert allgemein	171
a) Kindschaftssachen: selbstständig oder im Verbund	171
b) Auslegung §§ 44 und 45 FamGKG	171
c) Mehrere Kinder	171
d) Rechenbeispiele	171
2. Gleiche Werte für alle Verfahren	172
3. Die Billigkeitsklausel, §§ 44 Abs. 3, 45 Abs. 3 FamGKG	172

Inhaltsverzeichnis

4. Einzelfragen zur Bewertung	173
a) Regelwert und kurze Laufzeit	173
b) Regelung für mehrere Kinder, Regelung für mehrere Teilbereiche	173
c) Die beiderseitige Verfahrenskostenhilfe (mit und ohne Raten)	174
d) Weitere Bewertungsmerkmale	174
e) Entführungsfälle	174
5. Einzelne Verfahren	174
a) Das Vermittlungsverfahren, § 165 FamFG	174
b) Das Abänderungsverfahren, § 1696 BGB, § 166 Abs. 1 FamFG	174
II. „Übrige Kindschaftssachen“, § 46 FamGKG	174
H. Verfahren in Versorgungsausgleichssachen, §§ 1 ff. VersAusglG; § 50 FamGKG, § 5 Nr. 3 FamGKG	175
I. Allgemein	175
II. Bewertung gem. § 50 Abs. 1 FamGKG	175
1. 10 % – / 20 % des Einkommens	175
2. Berücksichtigungsfähige Anrechte	176
3. Mindestwert	176
4. Richterliche Kontrolle	176
III. Bewertung gem. § 50 Abs. 2 FamGKG	177
IV. § 50 Abs. 3 FamGKG	177
V. Anpassung wegen Unterhaltsverpflichtung, § 33 VersAusglG	177
VI. Einwand grober Unbilligkeit, § 27 VersAusglG	177
I. Ehewohnung und Haushaltssachen, §§ 1361a, b, 1568a, b BGB, §§ 200 ff. FamFG, §§ 269 Nr. 5, 6, 270 FamFG, §§ 48, 5 Nr. 3 FamGKG	177
I. Allgemein	177
1. Bedeutung der Verfahren	177
2. Regelwerte	178
II. Wohnungszuweisungssachen	178
1. Ehewohnung/Trennungszeit, § 1361b BGB	178
2. Ehewohnung/Nachscheidungszeit, § 1568a BGB	178
3. Billigkeitsregelung, § 48 Abs. 3 FamGKG	178
III. Haushaltssachen	179
1. Verfahrenswerte für die Nutzung in der Trennungszeit und die Zeit nach der Scheidung, §§ 1361a, 1568a BGB	179
2. Billigkeitsregelung, § 48 Abs. 3 FamGKG	179
IV. Forderung auf Nutzungsentschädigung, § 1361b Abs. 3 S. 2 BGB	179
V. Mehrere Gegenstände	180
J. Verfahren in Gewaltschutzsachen, §§ 1, 2 GewSchG, §§ 210 ff. FamFG, § 49 FamGKG	180
I. Gesetzliche Regelung	180
II. Mehrere Anträge	180
1. § 1 GewSchG	180
2. Schutzanordnungen nach §§ 1 und 2 GewSchG	180
K. Verschiedene weitere Verfahren	181
I. Entziehung oder Beschränkung der Schlüsselgewalt, § 1357 Abs. 2 BGB, § 266 Abs. 2 FamFG	181
II. Freistellung	181
1. Freistellung von Verbindlichkeiten im Außenverhältnis	181
2. Freistellung von Verbindlichkeiten im Innenverhältnis	181
III. Freistellung von Unterhaltsansprüchen	181

L. Verschiedene Situationen im gerichtlichen Verfahren	182
I. Der Stufenantrag, §§ 254 ZPO i.V.m. §§ 113 Abs. 1 bis 3, 111 Nr. 8 bis 10, 11 FamFG, § 23 Abs. 1 S. 1 RVG i.V.m. § 38 FamGKG, § 5 Nr. 4 FamGKG	182
1. Allgemein	182
2. Der steckengebliebene Stufenantrag	183
II. Antrag und Widerantrag (= Klage und Widerklage), §§ 33 ZPO i.V.m. §§ 113 Abs. 1 bis 3, 111 Nr. 8 bis 10, 11 FamFG	187
1. Anwendungsbereich bei Ehesachen und Familienstreitsachen	187
a) Antrag und Widerantrag in den Ehesachen	188
b) Antrag und Widerantrag (Klage und Widerklage) in Unterhalt und Zugewinn	188
aa) Unterhalt	188
bb) Zugewinn	190
2. Anwendungsbereich im Verfahren der freiwilligen Gerichtsbarkeit	190
a) Kindschaftssachen	190
b) Ehewohnung/Haushaltsgegenstände	191
c) Versorgungsausgleich	192
§ 9 Die Werte im außergerichtlichen Mandat – Streiterledigung, § 23 Abs. 1 RVG	193
A. Unbezahlte Forderungen: Unterhalt und Zugewinn, § 23 Abs. 1 S. 1 RVG, §§ 51, 35 FamGKG	193
B. Probleme der Wertberechnung	194
I. Rückstände im Unterhalt	194
II. Mehrere Vorschriften für gerichtliche Verfahren	195
III. Gebührenrahmen und Billigkeitsklausel	195
§ 10 Die Werte im außergerichtlichen Mandat – Streitverhütung (vorsorgende Rechtspflege), § 23 Abs. 3 RVG	197
A. Abgrenzung § 23 Abs. 1 von Abs. 3 RVG	197
I. Zweck der Regelung	197
II. Umfang der Verweisung	198
B. Im Einzelnen	198
I. Nachehelicher Ehegattenunterhalt/Unterhalt des Lebenspartners, § 23 Abs. 3 RVG, § 24 KostO	198
II. Güterrecht, § 23 Abs. 3 RVG i.V.m. § 39 Abs. 3 KostO	199
1. Rechenwerk	199
2. Geltungsbereich des § 39 Abs. 3 oder § 23 Abs. 3 S. 2 RVG	199
III. Versorgungsausgleich, § 23 Abs. 3 S. 1 RVG i.V.m. § 39 Abs. 3 KostO oder § 23 Abs. 3 S. 2 RVG	200
§ 11 Die Vereinbarung, insbesondere die Einigung – Einigungsgebühr, Gegenstandswerte, VV 1000 ff.	201
A. Die Einigungsgebühr, VV 1000 ff., und ihre Begleitgebühren	202
I. Die Einigungsgebühr, VV 1000 ff.	202
1. Die Merkmale der Einigung i.S.d. VV 1000 ff.	202
a) Rechtsverhältnis	202
b) Gegenseitiges Nachgeben	202
c) Streit oder Ungewissheit	204
d) Beseitigung von Streit oder Ungewissheit	205
2. Der Ratenzahlungsvergleich	208
3. Ursächliche Mitwirkung des Anwalts am Zustandekommen der Einigung, VV 1000	209
4. Die Einigungsgebühr – eine Erfolgsgebühr, VV 1000 Abs. 3	210

Inhaltsverzeichnis

5. Die Höhe der Einigungsgebühr	211
6. Der Anwaltsvergleich, §§ 796a f. ZPO	212
II. Die Begleitgebühren	213
1. Allgemeines	213
2. Konstellationen	214
III. Abfassung der Einigung im Hinblick auf die Gebühren.	215
1. Grundregel: Kostenaufhebung.	215
2. Einigung über Trennungs- und Scheidungsfolgesachen, insbesondere Scheidungsfolgenvergleich.	215
3. Mehrkosten bei Versäumnisurteil und unzuständigem Gericht	217
4. Kosten des Ratenzahlungsvergleichs in der Zwangsvollstreckung	217
5. Einigungsgebühr ohne ausdrückliche Einigung (Klagerücknahme/Anerkenntnis des Restes der Klageforderung)	217
IV. Eine oder mehrere Angelegenheiten	218
1. Der Teilvergleich	218
2. Einigung über mehrere Angelegenheiten.	218
V. Die Aussöhnungsgebühr, VV 1001.	219
B. Die Gegenstandswerte bei der Einigung	219
I. Allgemeines	219
II. Mehrere Gegenstände	220
III. Vorschusszahlung.	221
IV. Titulierungs-, Regelungs- und Beweissicherungsinteresse	222
V. Festsetzung des Einigungswertes	222
C. Familienrechtliche Einigungen – Anmerkungen zu Gebühren und Werten.	222
I. Der Unterhalt	222
1. Unterhaltsverzicht	222
a) Der einseitige Unterhaltsverzicht.	222
b) Der beiderseitige Unterhaltsverzicht.	224
2. Unterhaltsverzicht gegen Kapitalabfindung	225
3. Höhere Abfindung.	227
4. Zeitlich gestaffelter Unterhaltsanspruch mit und ohne anschließendem Unterhaltsverzicht – Befristung des Unterhalts	227
5. Verzicht auf das Recht, die Abänderung der Unterhaltsvereinbarung zu verlangen, §§ 238, 239 FamFG, § 242 BGB	228
6. Wertsicherungsklausel	228
7. Stundung und Ratenzahlungsvereinbarung	229
8. Getrenntlebensunterhalt – Wert unter Jahresbetrag?	229
9. Freistellung von Kindesunterhaltsansprüchen	230
10. Einigungswert bei freiwilliger unstreitiger Leistung	231
11. Verpflichtung zur Zahlung von Lebens- oder Aussteuerversicherungsbeiträgen	232
II. Der Zugewinnausgleich	232
1. Stundung und Ratenzahlungsvereinbarung	232
2. Übertragung eines bestimmten Gegenstandes	232
3. Änderung des Güterstandes	232
4. Wechselseitiger Verzicht auf Zugewinnausgleichsansprüche	233
III. Die Vermögensauseinandersetzung	233
1. Schuldübernahme/Freistellung.	233
a) Vorliegen einer Einigung	233
b) Wert der Einigung	233

2. Auseinandersetzung von Gesamthand/Bruchteilsberechtigung an Immobilien, beweglichen Sachen und Forderungen	234
a) Gegenstandswert	234
b) Gebühren	235
IV. Die Einigung in Kindschaftssachen: elterliche Sorge/ Aufenthaltsbestimmungsrecht/Umgang/Herausgabe des Kindes.	236
1. Gegenstandswerte	236
2. Gebühren	236
V. Die Vereinbarung über das Umgangsrecht	237
VI. Die Verfahren nach §§ 1666, 1696 BGB	237
VII. Der Versorgungsausgleich, §§ 6 ff. VersAusglG	238
1. Gegenstandswert	238
2. Gebühr.	238
3. Kapitalabfindung für Verzicht	239
D. Die Gerichtskosten	239
E. Rechenbeispiele	239
§ 12 Das Eilverfahren – Gebühren, Werte	247
A. Die einstweilige Anordnung	247
I. Gebühren	247
1. Die Verfahrensgebühr.	248
2. Die Terminsgebühr	248
3. Die Einigungsgebühr, VV 1000 ff.	249
4. Einstweilige Anordnung durch das Beschwerdegericht	249
5. Eine oder mehrere Angelegenheiten	249
a) Mehrere einstweilige Anordnungen	249
b) Anträge auf Aufhebung oder Abänderung einer einstweiligen Anordnung (§ 54 FamFG)	249
c) Hauptsache und einstweilige Anordnung	249
6. Das Verfahren nach § 156 Abs. 3 S. 1 FamFG.	250
7. Verjährung der Gebühren für Eilverfahren.	251
II. Die Gegenstandswerte	251
1. Wertvorschrift: § 41 FamGKG	252
2. Maßstäbe für die Wertfestsetzung	252
a) Kindschaftssachen, §§ 41, 45 FamGKG	252
b) Wohnungszuweisungs- und Haushaltssachen, §§ 41, 48 FamGKG	253
c) Gewaltschutzsachen, §§ 41, 49 FamGKG	253
d) Verfahrenskostenvorschuss, §§ 1360a Abs. 4, 1361 Abs. 4 BGB, § 246 Abs. 1 FamFG	254
e) Herausgabe persönlicher Sachen, §§ 41 Abs. 1, 3 FamFG	254
3. Insbesondere: Die einstweilige Anordnung/Unterhalt	254
III. Hauptsacheverfahren und/oder Eilverfahren	255
IV. Gerichtskosten.	255
V. Eilverfahren und Verfahrenskostenhilfe	255
VI. Einstellung der Vollstreckung durch einstweilige Anordnung	256
VII. Vollstreckung der einstweiligen Anordnung	256
B. Arrest, §§ 119 Abs. 2, 112 FamFG, §§ 916 bis 934 und 943 bis 945 ZPO	257
I. Gebühren	257
II. Wert des Arrestverfahrens	257
III. Vollstreckung des Arrestes	257
C. Rechenbeispiele: „Rückstand“ ist in den Fällen 1 bis 4 ausgespart	258

§ 13 Die Rechtsmittel, Rechtsbehelfe – Gebühren, Werte	263
A. Gebühren	264
I. Gebühren bei Beschwerden gegen instanzbeendende Entscheidungen	264
1. Anwendungsbereich	264
a) Begriff der Familiensache	264
b) Eilverfahren, Arrest und einstweilige Anordnung	264
aa) Einstweilige Anordnungen, §§ 49 ff. FamFG	264
bb) Arrestverfahren	265
2. Die einzelnen Gebühren	265
a) Die Verfahrensgebühr, VV 3200, 3201 i.V.m. Vorb. 3.2.1 Nr. 2 b	265
b) Die Terminsgebühr, VV 3202, 3203 i.V.m. Vorb. 3.2.1 Nr. 2 b	265
c) Die Einigungsgebühr, VV 1004.	266
d) Eine oder mehrere Angelegenheiten: Der Verbund	267
e) Aufhebung und Zurückverweisung, § 21 RVG	267
f) Beschwerde gem. § 256 FamFG im vereinfachten Verfahren über den Unterhalt Minderjähriger	267
g) Erlass der einstweiligen Anordnung oder eines Arrestes durch das Oberlandesgericht.	267
h) Prüfung der Erfolgsaussichten eines Rechtsmittels, VV 2100, 2101	268
i) Gebühren für die Rechtsbeschwerde	268
II. Rechtsmittel gegen sonstige Entscheidungen (Zwischenentscheidungen)	268
1. Gebühren für die Beschwerde gegen Entscheidungen, die die Instanz nicht beenden.	268
2. Mehrere Beschwerden	268
III. Einige Fragen zur Kostenerstattung	269
1. Der Verkehrsanwalt im Beschwerdeverfahren	269
2. Kosten des Beschwerdegegners	269
a) Die ermäßigte Verfahrensgebühr	269
b) Erstattungspflicht des Gegners	269
c) Das so genannte Stillhalteabkommen	270
B. Die Verfahrenswerte	270
I. Allgemeines	270
1. Gesetzliche Regelung	270
2. Antrag und Beschwer	270
3. § 40 Abs. 2 S. 1 FamGKG: Begrenzung des zweitinstanzlichen Verfahrenswertes	271
4. § 39 Abs. 2 FamGKG	272
5. Missbräuchliche Antragsbegrenzung	272
II. Beispiele aus dem Familienrecht	272
1. Beschwerde gegen Auskunftsbeschlüsse	272
2. Bewertung des laufenden Unterhalts	273
3. Beschwerde gegen ein Urteil auf Belegvorlage	274
4. Beschwerde und Unterhaltsrückstände	274
5. Beiderseitige Rechtsmittel, § 39 Abs. 2 FamGKG	274
a) Rechtsmittel Ehescheidung/Aufhebung LPart/Eheaufhebung	274
b) Rechtsmittel Unterhalt/Zugewinn	274
c) Rechtsmittel Kindschaftssachen	275
C. Die Gerichtskosten	275
D. Rechenbeispiele	276

§ 14 Beratungshilfe, § 44 RVG, VV 2500 ff. – Verfahrenskostenhilfe,	
§§ 45 ff. RVG.	281
A. Die Beratungshilfe, § 44 RVG, VV 2500 ff.	281
I. Die Gebühren	281
1. Die Beratungshilfengebühr, VV 2500	281
2. Die Vergütung aus der Staatskasse	281
a) Gebühren	281
b) Auslagen	281
c) Festgebühren.	281
d) Aussöhnungsgebühr	281
3. Der Mehrvertretungszuschlag, § 7 RVG, VV 1008	282
a) Mehrvertretungszuschlag bei der Beratungsgebühr, VV 2501	282
b) Mehrvertretungszuschlag bei der Geschäftsgebühr, VV 2503	282
c) Mehrvertretungszuschlag im Familienrecht	282
4. Anrechnung, VV 2501 Anm. Abs. 2 und VV 2503 Anm. Abs. 2	283
a) Anrechnungsfälle	283
b) Anrechnung in Verfahrenskostenhilfefällen	283
c) Gebühren, auf die angerechnet wird	284
d) Zahlungen des Gegners.	285
e) Nur teilweise Weiterbearbeitung der Gegenstände.	285
f) Nicht alle Auftraggeber gelangen in das nachfolgende Mandat	285
g) Anzeigepflicht, § 55 Abs. 4 RVG	286
5. Eine oder mehrere Angelegenheiten	286
II. Der nachträgliche Beratungshilfeschein	287
1. Tätigkeit im Hinblick auf den noch vorzulegenden Schein	287
a) Zu Fall (1)	287
b) Zu Fall (2)	287
2. Schadenersatzpflichten	288
a) Schadenersatzpflicht des Anwalts	288
b) Schadenersatzpflicht des Mandanten	288
3. Nachträgliche Vorlage eines Beratungshilfescheins	288
4. Honorarvereinbarung	289
III. Der Anspruch gegen den Gegner, § 9 BerHG.	289
IV. Keine nachträgliche Überprüfung	289
B. Die Verfahrenskostenhilfe, §§ 45 ff. RVG, VV 3335, 3337, Vorb. 3.3.6	290
I. Der Anwalt und die Staatskasse: Bewilligung, Beordnung, Vergütung gem. § 49 RVG, weitere Vergütung gem. § 50 RVG.	290
1. Begriff und Voraussetzungen der Beordnung.	290
a) Begriff der Beordnung.	290
aa) Beordnung gem. § 138 FamFG (früher: § 625 ZPO)	290
bb) Notanwalt: § 78b ZPO i.V.m. § 113 Abs. 1 FamFG	290
cc) Verfahrensbeistand, § 158 FamFG.	291
b) Die Voraussetzungen der Beordnung	291
2. Der Umfang der Beordnung	293
a) Inhaltliche Grenzen	293
aa) Beordnung als Maßstab der Vergütung.	293
bb) Nicht von der Beordnung erfasste Angelegenheiten	293
(1) Änderung des Antrags, Widerantrag	293
(2) Rechtsmittel, Anschlussrechtsmittel	293
(3) Eilverfahren	294
cc) Vollstreckung und Beordnung	294

b) Zeitliche Grenzen	295
c) Örtliche Grenzen	295
3. Beiordnung ohne Bewilligung: § 48 Abs. 3 RVG – Vereinbarungen in Ehe-/LPart-Sachen.	296
a) Geltungsbereich des § 48 Abs. 3 S. 2 RVG	296
b) Abschluss eines Vertrags i.S.d. VV 1000	297
aa) § 48 Abs. 3 RVG und Trennungvereinbarungen	297
bb) Einigung i.S.d. § 48 Abs. 3 RVG.	297
4. Gebührenanspruch gegen die Staatskasse im Fall des § 48 Abs. 3 RVG	297
a) Abgeschlossener Vertrag	297
b) Nicht abgeschlossener oder nicht wirksamer Vertrag	298
5. Gerichtskosten	299
6. Die Vergütung des beigeordneten Anwalts	299
a) Vergütung – weitere Vergütung	299
b) Die einzelnen Gebühren	299
aa) Gebühren im (hier) anhängigen Verfahren	299
bb) Der Mehrvergleich	300
7. Auslagen, Vorschüsse von der Staatskasse.	300
a) Auslagen, insbesondere Reisekosten des Anwalts	300
aa) Auslagenerstattung allgemein	300
bb) Reisekosten des Anwalts	301
b) Vorschüsse auf Auslagen	302
II. Der beigeordnete Rechtsanwalt und der Mandant	302
1. Das Verfahrenskostenhilfeprozessverfahren, § 118 ZPO i.V.m. §§ 113 Abs. 1, 76 Abs. 1 FamFG	302
a) Gebühren im Verfahren gem. § 118 ZPO	302
b) Erstattung der Gebühren im Verfahren gem. § 118 ZPO aus der Staatskasse	303
2. Der Anspruch gegen den Mandanten	304
a) Bestehender Anspruch	304
b) Sperre von Gebühren gem. § 13 RVG, die ab Beiordnung entstehen	304
c) Sperre von Gebühren gem. Tabelle zu § 13 RVG, die vor Beiordnung entstanden sind	304
d) Umfang der Sperre	305
e) „Geltend machen“	306
3. Vorschüsse, Zahlungen, sonstige Leistungen des Mandanten; Vergütungsvereinbarungen, Anrechnung (§ 58 Abs. 2 RVG)	306
a) Vorschüsse, Zahlungen, sonstige Leistungen des Mandanten	306
b) Vergütungsvereinbarungen, § 3a Abs. 3 RVG	306
c) § 58 Abs. 1, 2 RVG und die Anrechnung	307
aa) Beratungshilfengebühren, Zahlungen gem. § 9 BerHG	307
bb) Anrechnung der Geschäftsgebühr, VV Vorb. 3 Abs. 4	307
d) Rechenbeispiele.	307
e) Anzeigepflicht, Fristsetzung, § 55 Abs. 6 RVG.	310
aa) Mitteilungspflicht, § 55 Abs. 5 RVG	310
bb) Fristsetzung, § 55 Abs. 6 RVG	310
4. Die Teilverfahrenskostenhilfe	310
a) Der Rechtsstreit wird in voller Höhe durchgeführt, obwohl die Verfahrenskostenhilfe nur teilweise bewilligt wurde	310

b) Der Rechtsstreit wird nur über den Teil geführt, für den die Verfahrenskostenhilfe bewilligt wurde.	311
c) Hinweise an den Mandanten.	312
III. Der Mandant und die Staatskasse.	312
IV. Der Rechtsanwalt und der Prozessgegner: § 126 ZPO i.V.m. §§ 76 Abs. 1, 113 Abs. 1 FamFG	314
V. Gerichtskosten.	314
§ 15 Die Festsetzung der Werte und der Gebühren – Übersicht über die Verfahren	315
A. Die Festsetzung der Werte	315
I. Die Verfahrenswerte (= Werte für die Gebühren)	315
1. Rechtsmittelwert – Gebührenwert	315
2. Eigene Festsetzung für die Anwaltsgebühren	315
3. § 55 FamGKG: Festsetzung für Verfahren nach ZPO und FamFG	315
II. Rechtsbehelfe	315
B. Die Festsetzung der Gebühren.	316
I. Das Festsetzungsverfahren gem. § 11 RVG	316
II. Die Festsetzung gegen den Prozessgegner, §§ 103 bis 107 ZPO i.V.m. §§ 113 Abs. 1 S. 2, 85 FamFG	317
III. Die Festsetzung der Verfahrenskostenhilfvergütung und der Beratungshilfengebühren, §§ 55 ff. RVG	317
§ 16 Das Übergangsrecht	319
A. Die Regelung für den Übergang zum 1.9.2009: Art. 111 FGG-RG	319
I. Grundsätze	319
1. Anwendbarkeit des Art. 111 FGG-RG im Kostenrecht.	319
2. Spezialgesetz: Art. 111 FGG-RG gegenüber den Übergangsregeln	319
3. Kostenrecht folgt dem Verfahrensrecht.	319
4. Gerichtskosten und Änderung des Kostenrechts.	319
5. Anwaltsgebühren und Änderung des Kostenrechts	320
II. Streitfragen zur Anwendung neuen oder alten Rechts	320
1. Verbundsachen, die ab 1.9.2009 eingeleitet werden	320
2. Rechtsmittel, die ab 1.9.2009 eingereicht werden.	320
3. Einstweilige Anordnungen, die ab 1.9.2009 beantragt werden	321
4. Stichtag und Verfahrenskostenhilfeantrag	321
B. Die Regelungen Art. 111 Abs. 3 bis 5 FGG-RG und ihre kostenrechtlichen Folgen.	321
I. Art. 111 Abs. 3 und Abs. 5 FGG-RG.	321
II. Art. 111 Abs. 4 FGG-RG	322
C. Anwaltsgebühren	322
I. Gerichtliche Tätigkeit des Anwalts.	322
II. Außergerichtliche Tätigkeit des Anwalts	322
D. Rechenbeispiele	323
Stichwortverzeichnis	327